VR-07 (V-103)-056 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Sebastian Schäfer (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 56 bis 74:
~~Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei~~Es gibt ~~es~~ in unserem Land so viel Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. ~~Der Bundeskanzler~~Die Bundesregierung sollte deswegen ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft ~~und~~, Forschung und Praxis Antworten auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen Prozess bringt: Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische und globale Verteilung, vor allem auch in Nachbarstaaten von Kriegs- und Krisengebieten zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Wie kann irreguläre Migration begrenzt werden? Wie schaffen wir gleichzeitig ein Asylsystem, das seine begrenzten Ressourcen für die Schutzbedürftigen aufwendet? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. ~~Aber~~ Politik wird ~~nicht~~ besser, wenn ~~man der Wissenschaft immer schlechter zuhört~~sie wissenschaftliche Erkenntnisse in ihre Meinungsbildung einbezieht . ~~Es~~ Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, ~~aber sie sollten von der Politik endlich gehört werden~~deren Expertise in den politischen Prozess stärker einfließen sollte. ~~Deswegen sollten die Regierungsfraktionen und die demokratische Opposition zusagen, dass die~~. Die Vorschläge des Gremiums ~~im parlamentarischen~~sollen deshalb im politischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden, entscheidet natürlich ~~das Parlament~~die Politik. Wir können und sollten in der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten ~~endlich wieder~~ evidenzbasiert sein.

weitere Antragsteller*innen

Sebastian Pewny (KV Bochum); Lars Maximilian Schweizer (KV Ludwigsburg); Michael Joukov (KV Ulm); Franz Martin Rumiz (KV Stuttgart); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Sonja Lohf (KV Bochum); Michael Gross (KV Biberach); Frank Wigger (KV Nürnberg-Stadt); Miriam Dahlke (KV Frankfurt); Michael Jahn (KV Esslingen); Alexander Link (KV Heidelberg); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Bennet Müller (KV Aalen-Ellwangen); Simon Zunk (KV Uckermark); Andreas Kappler (KV Berlin-Lichtenberg); Inga Loke (KV Lippe); Florian Tröndle (KV Waldshut); Detlef Harting (KV Rhein-Kreis-Neuss); Simon Richter (KV Berlin-Pankow); sowie 40 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.